

Stadtratsfraktion
Nürnberg**SPD**

RATHAUS DEPESCHE

INFORMATIONEN DER SPD-STADTRATSFRAKTION

Mehr über unsere Arbeit auf: www.spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de oder facebook: SPD Nürnberg

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser
der Rathausdepesche,

die SPD-Stadtratsfraktion wünscht ein gesundes neues Jahr!

Die Pandemie prägt leider immer noch unseren Alltag. Die gewohnten Neujahrsempfänge, bei denen man sich ungezwungen miteinander austauschen konnte, entfallen leider auch in diesem Januar. Diese persönlichen Gespräche fehlen uns. Umso mehr freuen wir uns über Ihre Rückmeldung z.B. per E-Mail oder Telefon zu unseren politischen Vorhaben und Initiativen.

Die neue Bundesregierung hat unter der Federführung von SPD-Bundeskanzler Scholz einen fortschrittlichen Koalitionsvertrag auf den Weg gebracht, von dem vor allem auch Kommunen wie Nürnberg finanziell wie strukturell profitieren werden. In Anbetracht der Corona-Spuren in unserem Stadthaushalt ist diese Unterstützung auch dringend notwendig, andernfalls ließen sich die vor uns stehenden sozialen und ökologischen Herausforderungen nur schwer meistern. Wir freuen uns auf diese politische Zeitenwende in Berlin und werden den Schwung in unserer Arbeit mit nach Nürnberg nehmen.

Ihr

Thorsten Brehm
SPD-Fraktionsvorsitzender

Stadtrat bringt Opernhaussanierung und Interim auf den Weg Beschlüsse greifen SPD-Vorschläge auf



Es gab bisher nur wenige Stadtratsentscheidungen in Nürnberg, die eine so breite und so überregionale Aufmerksamkeit erfahren haben wie dieses Thema. Doch was wurde im Einzelnen am 15. Dezember 2021 im Stadtrat entschieden?

Ein Theater für die Mitte der Gesellschaft bleibt in der Mitte der Stadt. Ein liebgewor-

denes Denkmal, das die Stadtansicht prägt, bleibt erhalten und doch: Innerlich neu. Anders. Offener. Zugänglicher. In einer neu gestalteten Umgebung. Aber weiter im Verbund mit dem Schauspielhaus.

Wir bauen das Interim selbst. An einem Ort, der ein besonderer ist und der deshalb auch besonders behandelt werden muss. >>

An einem Ort, wo sich die geistige und künstlerische Kraft des Theaters dem Ungeist des Nazis entgegenstemmen wird.

Wir gehen an die Kongresshalle. Wir sehen keine tragfähige Alternative zum Standort Kongresshalle. Nicht im Schöller Areal. Nicht auf der Messe. Und nicht an der Meistersingerhalle. Auch nicht auf einer der Flächen, die im Vorfeld der Konzerthausplanung bereits geprüft wurden.

Erinnerungsarbeit und Erinnerungskultur müssen weiterhin möglich sein. Die Interimsnutzung muss Rücksicht nehmen. Der Diskurs um den richtigen Umgang mit der Kongresshalle muss weitergehen. Sensibilität ist gefragt. Hier stehen wir nicht am Ende der Debatte, sondern allenfalls mittendrin.

Es wurde nicht entschieden wo genau die Interims-Spielstätte hinkommt. Im inneren Rund der Kongresshalle? An der Außenseite? Hin zur Stadt oder hin zum Dutzendteich? Wir haben stattdessen ein Verfahren beschlossen, das Fachleute einbezieht und das eine weitere Diskussion über die richtige Platzierung zulässt. Es ist kein Geheimnis: Die SPD plädiert für die Außen-Platzierung. Aber wir sind gespannt auf die Fachbeiträge im Verfahren, und wir lassen uns auf diese Fachbeiträge ein.

Die Rede des Sprechers der Opernhauskommission der SPD-Stadtratsfraktion, Dr. Ulrich Blaschke, in der Stadtratssitzung vom 15. Dezember 2021 gibt es auf spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de.

Weitere Informationen:
Dr. Ulrich Blaschke;
spd@stadt.nuernberg.de



Energie und Effizienz für eine klimafreundliche Zukunft!



Er hat es in sich, der 56-seitige Energiebericht der Stadt Nürnberg 2021. Ob im Überblick, der Entwicklung der Energiekosten und Verbräuche, der Handlungsfelder und Projektbeispiele oder der Einsparerfolge der Eigenbetriebe – der Bericht zeigt in informativer Weise, dass schon viel auf dem Weg zur klimaneutralen Stadtverwaltung erreicht wurde.

Ein genauer Blick auf die Zahlen zeigt aktuelle Ergebnisse im Jahr 2020 und die Einspar-

„Mehr Inklusion wagen“: Stadtrat beschließt Aktionsplan zur UN-BRK



Ein Etappenziel ist erreicht: Am 15. Dezember 2021 hat der Stadtrat den Ersten Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) in Nürnberg beschlossen. Die Konvention konkretisiert die allgemeinen Menschenrechte für die Lebenslagen von Menschen mit Behinderung und fordert ihre gleichberechtigte Teilhabe ein. Dies wird oft auch unter dem Begriff Inklusion gefasst, mit dem Ziel einer Gesellschaft, in der alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit gleichberechtigt miteinander leben.

Die menschenrechtliche Verpflichtung erwächst aus der Unterzeichnung durch die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009. Neben dem Nationalen Aktionsplan von 2011 sind auch Aktionspläne von Ländern und Kommunen Teil der gesamtdeutschen Umsetzungsstrategie.

Der jetzt für Nürnberg beschlossene Aktionsplan ist Ergebnis einer 2016 begonnenen, intensiven Zusammenarbeit zwischen Politik, Behindertenrat, Verwaltung, Betroffenen, Angehörigen und der Fachöffentlichkeit. Er umfasst

eine beeindruckende Fülle konkreter Ansatzpunkte für mehr Teilhabe und Inklusion. Die über 200seitige Stadtratsvorlage beschreibt den Prozess und stellt Maßnahmen in acht Handlungsfeldern vor. In dieser ersten Fassung liegt der Schwerpunkt auf Projekten der Stadtverwaltung, aus der unter Federführung des Oberbürgermeisters und der Referentin für Jugend, Familie und Soziales alle Geschäftsbereiche mitgearbeitet haben. Genannt seien z.B. bauliche Barrierefreiheit, die Verwendung Leichter Sprache, eine Website in Deutscher Gebärdensprache, der Fachdienst Inklusion für Kindertageseinrichtungen oder das Programm barrierefrei Lernen am Nürnberger Bildungszentrum.

Die Stadt bekennt sich damit zu ihrer unmittelbaren Verantwortung. Zugleich liegen wesentliche Gestaltungsmöglichkeiten aber außerhalb kommunaler Zuständigkeit, auch ist zu erwarten, dass u.a. mit dem reformierten Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII) und durch Vorhaben der neuen Bundesregierung weitere Veränderungen kommen werden. Deshalb wird der auf der Website www.inklusion.nuernberg.de veröffentlichte Aktionsplan laufend konkretisiert, um Vorhaben anderer Akteure ergänzt und aktualisiert werden. Für die zusätzliche Finanzierung hat der Stadtrat einen Verfügungsfonds eingerichtet, außerdem sollen zwei Mitarbeiter*innen Unterstützungs- und Inklusionsmaßnahmen bündeln. Wichtiger Impulsgeber und Motor ist und bleibt auch künftig der Behindertenrat der Stadt Nürnberg.

Elisabeth Ries; Referentin für Jugend, Familie und Soziales der Stadt Nürnberg

Da stellt sich die Frage, wer steckt dahinter? Es sind viele Akteure im Spiel, aber hauptsächlich zwei stehen im Fokus: Das ist zum einen die Abteilung Kommunales Energiemanagement (KEM) und zum anderen alle städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Ende gut – alles gut. Leider nein! Dieses Tempo zu noch mehr Energieeffizienz und mehr grünem Strom reicht nicht aus, um 2035 klimaneutral zu werden. Eine beauftragte Studie aber zeigt, dass es zu schaffen ist: mit zusätzlichen Investitionen für rund 10 Millionen Euro pro Jahr. Ich meine, diese Investitionen müssen wir stemmen: für den Klimaschutz, für die Natur und die nächsten Generationen.

Weitere Informationen:
Dieter Goldmann;
spd@stadt.nuernberg.de



Rathaus-SPD unterstützt Bundesinitiative für ein NSU-Dokumentationszentrum und zweiten NSU-Untersuchungsausschuss in Bayern

Recherchen des Bayerischen Rundfunks und der Nürnberger Nachrichten förderten in den letzten Tagen neue Hinweise zu Tage, dass die rechtsextreme Terrororganisation NSU auf ein breites Netzwerk in der Region zurückgreifen konnte.

Die Vielzahl an Adressen, die der NSU zusammengetragen hat, schockiert. Alleine in Nürnberg waren es über 50. Dass die Sicherheitsbehörden für die Betroffenen keine Bedrohungslage sehen, bleibt in dieser Pauschalität höchst zweifelhaft. Hier braucht es dringend Aufklärung. Es ist deshalb richtig, dass SPD und Grüne im Bayerischen Landtag die Einsetzung eines zweiten Untersuchungsausschusses vorantreiben. Es gibt noch zu viele offene Fragen, die uns als Gesellschaft umtreiben. Eine lückenlose Aufklärung sind wir vor allem auch den Angehörigen schuldig, die lange von Ermittlungsbehörden zu Unrecht verdächtigt wurden.

Die SPD-Stadtratsfraktion begrüßt zudem die Initiative der neuen Bundesregierung, sich dem NSU-Komplex und der zugehörigen Erin-

nerungsarbeit anzunehmen. Im Koalitionsvertrag zwischen SPD, Grünen und FDP fordern die drei Regierungsparteien „die Errichtung eines Erinnerungsortes sowie eines Dokumentationszentrums für die Opfer des NSU“.

Für die Rathaus-SPD ist klar, dass die Stadt Nürnberg an dieser Initiative mitwirken und zeitnah Gespräche mit der Bundesregierung führen muss. Nürnberg sollte sich bei der Initiative des Bundes maßgeblich einbringen. Als Stadt, in der schreckliche NSU-Morde begangen wurden, haben wir eine besondere Verantwortung, uns aktiv zu beteiligen und Nürnberg auch als Standort vorzuschlagen. Das sind wir den Opfern und ihren Angehörigen schuldig.

Die SPD-Fraktion regt zudem an, ein mögliches Dokumentationszentrum als Ort der Erinnerungsarbeit konzeptionell auch mit einer Aufklärungs- und Forschungsstelle zum Thema „Rechtsextremismus“ zu ver-

binden. Auf diese Weise kann langfristig sichergestellt werden, dass nicht nur an die schrecklichen Morde des NSU erinnert wird, sondern auch langfristig und strukturell daran gearbeitet wird, dass sich derartige Verbrechen nicht wiederholen. Dabei muss auch der Freistaat Bayern sein Engagement noch deutlich ausbauen. Für die Umsetzung einer konzeptionell starken Stelle ist der Einsatz von Bund und Land notwendig. Man muss dem zerstörerischen rechten Gedankengut konsequent und frühzeitig entgegengetreten – gemeinsam, gesellschaftlich und auf allen staatlichen Ebenen.



Weitere Informationen:
Thorsten Brehm; Dr. Anja Pröll-Kammerer;
spd@stadt.nuernberg.de

Unterstützung von Sportvereinen in Nürnberg

Sportvereine stehen auch in Nürnberg aufgrund der Corona-Pandemie vor großen akuten und strukturellen Herausforderungen. Die SPD-Stadtratsfraktion möchte deshalb deren wichtige Arbeit und Tätigkeit in Nürnberg unterstützen und bei Problemen Hilfestellung leisten.

Energiepreise
In Deutschland steigen die Energie- und Gaspreise. Darunter leiden nicht nur normale Privathaushalte sondern auch Sportvereine, insbesondere die mit eigenen Turnhallen. Diese sind im Unterhalt und beim Heizen sehr kostenintensiv. Die strukturelle Ungerechtigkeit zwischen den Vereinen, die sich vergleichsweise kostengünstig in städtische Hallen einmieten können, und solchen, die eigene Gebäude unterhalten müssen, war immer wieder Gegenstand der Beratungen in der Sportkommission der Stadt Nürnberg. Diese Schere geht nun durch die steigende Preisspirale weiter auseinander. Dieser Entwicklung sollte durch entsprechende Anpassungen der Sportförderrichtlinien begegnet werden. Damit kann den Vereinen geholfen werden, die in Anbetracht der anhaltenden Pandemie ohnehin vor großen Herausforderungen stehen.

Die Rathaus-SPD will deshalb, dass die Stadtverwaltung entsprechende Vorschläge vorlegt, wie den Vereinen mit eigenen Turnhallen finanziell sowie strukturell geholfen werden kann. Dabei soll auch auf einen möglichen Gas-Rahmenvertrag zwischen dem Bayerischen Landes-Sportverband (BLSV) und der N-Ergie eingegangen werden, der seit vielen Jahren immer wieder im Gespräch ist.

Neue Lokale Mitgliederwerbekampagne
Aufgrund der Corona-Maßnahmen war und ist das Sportangebot vieler Vereine eingeschränkt. Dies führt einerseits gerade bei Kindern und Jugendlichen zu Kündigungen von Mitgliedschaften in Sportvereinen, andererseits schreckt die unsichere Trainingssituation viele Personen ab, neu in Sportvereine einzutreten.

Die Rathaus-SPD möchte deshalb, dass die Stadtverwaltung in Abstimmung mit den Sportvereinen und dem BLSV, den Start einer neuen lokalen Werbekampagne prüft. Um dem Austrittstrend entgegenzuwirken, sollte mit der Kampagne baldmöglichst, die Bürgerschaft aufgefordert werden, ihrem Verein in den schwierigen Corona-Zeiten die Treue zu halten. Im Frühling, wenn die Corona-Zahlen erwartungsgemäß sinken, sollte dazu motiviert werden, die vielen spannenden Sportangebote zu nutzen und in Sportvereine einzutreten.



Weitere Informationen:
Thorsten Brehm;
Dr. Nasser Ahmed;
Dieter Goldmann;
spd@stadt.nuernberg.de

Impressum

Herausgeber:
SPD Unterbezirk Nürnberg
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg
Verantwortlich:
Thorsten Brehm
Redaktion:
Michael Arnold, Thorsten Brehm
Grafische Gestaltung:
Michael Graf
E-Mail: spd@stadt.nuernberg.de
Tel: 0911 - 2312906
Fax: 0911 - 2313895



Kommunale Familie setzt auf Zusagen im Koalitionsvertrag!

Zum Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP

MEHR FORTSCHRITT WAGEN

BÜNDNIS FÜR

FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND NACHHALTIGKEIT

KOALITIONSVERTRAG ZWISCHEN SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN UND FDP

Ein Standpunkt von Frank Baranowski, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK).

Im Koalitionsvertrag der Ampel-Parteien werden wichtige politische Akzente gesetzt und es wird ein Klima für Innovationen geschaffen. Das ist gut. Wir bekommen mehr soziale Gerechtigkeit und die sozialdemokratische Formel ‚Aufstieg durch Bildung‘ ist wieder mit Inhalten hinterlegt. Außerdem erhalten die Städte, Gemeinden und Kreise dort Unterstützung, wo sie benötigt wird.

So ist in dem vorgelegten Vertrag erstmalig ein klares Bekenntnis zur Unterstützung von überschuldeten Kommunen zu finden. Zudem soll die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden, etwa indem der direkte Dialog des Bundesgesetzgebers mit der kommunalen Ebene ausgebaut werden soll.

Ich hätte mir als Kommunalvertreter ein etwas stärkeres Bekenntnis zur Konnexität gewünscht, also das Prinzip, dass der Bund auch die Finanzierung übernimmt, wenn er den Kommunen Aufgaben überträgt. Wir werden an dieser Stelle als kommunale Familie weiter hartnäckig dafür werben.

Die Liste der Themen, die für die Städte, Gemeinden und Kreise eine große Bedeutung

haben, ist aber durchaus beeindruckend. Wichtige Punkte für die Kommunen sind benannt:

- > Unterstützung des ÖPNV bei pandemiebedingten Einnahmeausfällen und eine bessere Finanzierung.
- > Der Bau von 400.000 neuen Wohnungen pro Jahr, davon werden 100.000 öffentlich gefördert.
- > Die Städtebauförderung wird beibehalten und dauerhaft erhöht. Finanzschwache Kommunen sollen bei der Inanspruchnahme besonders unterstützt werden.
- > Der Bund bekennt sich zu seiner Rolle beim Ausbau der Ganztagsangebote.
- > Die Digitalisierung der Schulen soll weiter vorangetrieben werden. Es soll ein Digitalpakt Schulen 2.0 auf den Weg gebracht werden.
- > Der Bund will seine Beteiligung an flüchtlingsbezogenen Kosten der Länder und Kommunen fortsetzen.
- > In den Bereichen Transformation und Klimaschutz sollen steuerschwache und überschuldete Kommunen besonders unterstützt werden.

> Sämtliche Förderprogramme sollen entbürokratisiert und der Zugang vereinfacht werden.

> Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) wird auf der kommunalen Ebene gestärkt.

> Der soziale Arbeitsmarkt wird dauerhaft gesichert.

Insgesamt ist ein positives Fazit zu ziehen. Wichtige Entscheidungen, für die CDU/CSU keine Verantwortung übernehmen wollten, werden in dem Vertrag von SPD, Grünen und FDP adressiert. Für die Städte, Gemeinden und Kreise in Deutschland kommt es jetzt darauf an, dass die Zusagen im Koalitionsvertrag umgesetzt werden. Die SPD-Kommunen nehmen das Angebot der neuen Bundesregierung zur konstruktiven Zusammenarbeit an und bringen sich gerne aktiv ein.

Die Bundes-SGK ist der Zusammenschluss der sozialdemokratischen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in der SPD. Sie wurde im Jahr 1978 in Kassel gegründet und zählt rund 23.000 Mitglieder. Dazu gehören Mitglieder der Vertretungen der Städte, Gemeinden und Kreise, Bezirksvertreter, in Ausschüssen tätige sachkundige Bürgerinnen und Bürger, Beschäftigte der Kommunen sowie Personen, die in der öffentlichen Verwaltung ein Amt oder in der SPD eine Funktion mit kommunalpolitischem Bezug haben. (www.bundes-sgk.de)